

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 61 (1974)
Heft: 16

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

erziehungs- und fachwissenschaftliche Grundlegung als auch schulpraktische Tätigkeit ausgewogen umfassen. Zusätzlich sind berufsethische und persönlichkeitsbildende Bereiche in die Lehrerausbildung einzubeziehen.

14. *Eine umfassende Lehrerfort- und -weiterbildung ist notwendig. Dabei sollten Angebote freier Träger in gleicher Weise gefördert werden wie die Angebote staatlicher Einrichtungen.*

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Die Schulung der Kinder italienischer Gastarbeiter

Die für Fragen der Schulung der Kinder italienischer Gastarbeiter in der Schweiz eingesetzte italienisch-schweizerische Kommission trat in Genf zu ihrer dritten Sitzung zusammen. Die italienische Delegation wurde durch Minister G. Falchi, Vizedirektor des Auswanderungsamtes im italienischen Aussenministerium, die schweizerische Delegation durch W. Martel, Generalsekretär des Eidgenössischen Departements des Innern, geleitet.

Die Beratungen verliefen laut amtlichem Communiqué in freundschaftlichem und von gegenseitigem Verständnis getragenen Geiste. Sie bezogen sich vor allem auf die vorschulische Erziehung, die Anpassungsklassen, die Aufgabenhilfe, die italienischen Schulen in der Schweiz sowie auf die Schul- und Berufsberatung.

CH: Studentenstatistik 1973/74

Nach Erhebungen des Eidgenössischen Statistischen Amtes waren im Wintersemester 1973/74 an den schweizerischen Hochschulen 46 628 Studenten immatrikuliert, davon 38 459 Schweizer und 10 169 Ausländer. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Schweizer Studenten um 4,4 Prozent erhöht, während jene der Ausländer erstmals seit 1967/68 um 1,8 Prozent zurückgegangen ist. Rund ein Fünftel (21,2 Prozent) aller Hochschulabsolventen waren an der Universität Zürich eingeschrieben, die als grösste Bildungsanstalt der Schweiz nun 10 325 Studenten zählt. Wenn auch die Studentenzahlen nur schwach zugenommen haben, so gilt dies nicht für die Studienanfänger: Gegenüber dem Wintersemester 1972/73 haben die Erstimmatrikulationen um 12,9 Prozent auf 10 788 zugenommen.

CH: Linksgesteuerte Studentenschaften

Der Delegiertenrat des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) hat an seiner

Sitzung in Bern einen neuen Vorstand gewählt. In der Amtsperiode 1974/75 gehören der Verbandsleitung an: Mathias Bohnert (Progressive Organisationen/POCH, Basel), Werner G. Hoffmann (Marxistischer Studentenverband, ETH Zürich) und Richard Püntener (unabhängig, Freiburg). Damit wurde die Lücke, die durch den vorzeitigen Rücktritt eines Vorstandsmitgliedes entstanden war, wieder aufgefüllt. Im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Amtsperioden ist der Schweizerische Liberale Studentenverband im neuen Vorstand nicht mehr vertreten. An den Grundsätzen der VSS-Politik dürfte sich vorläufig dennoch wenig ändern.

CH: Neugeregelte ETH-Zulassung

Der schweizerische Schulrat hat ein neues Reglement über die Zulassung zu den Studien an den Eidgenössischen Technischen Hochschulen erlassen, das noch durch den Bundesrat genehmigt werden muss.

Zum prüfungsfreien Eintritt in das erste Semester berechtigen danach gemäss einem Pressecommuniqué der ETH Zürich die eidgenössischen und die eidgenössisch anerkannten Maturitätsausweise. Wer einen Ausweis einer nicht eidgenössisch anerkannten kantonalen oder einer ausländischen Maturität besitzt, deren Anforderungen der eidgenössisch anerkannten Maturität entsprechen, wird ebenfalls prüfungsfrei zugelassen. Der Schulrat bestimmt, welche Ausweise unter welchen Bedingungen dieses Erfordernis erfüllen. Bei den ausländischen Ausweisen wird im allgemeinen ein Notendurchschnitt über dem Minimum verlangt.

Für Inhaber anderer Ausweise oder Kandidaten ohne Ausweise werden Aufnahmeprüfungen veranstaltet. In bestimmten Fällen muss lediglich eine reduzierte Aufnahmeprüfung bestanden werden.

Die Zulassung gilt jeweils für beide Schulen 662

und für alle Abteilungen (ausgenommen Militärwissenschaften).

Für die beiden ETH werden in einzelnen Fällen Verschiedenheiten der Aufnahmepraxis, die sich aus der Anerkennung ausländischer Ausweise ergeben, zugelassen. Auch hier wird jedoch eine Harmonisierung in den nächsten Jahren angestrebt. Zu diesem Zweck sieht das Reglement Berichterstattungspflichten der Schulen an den Schulrat und regelmässige Kontakte zwischen den beiden Schulen.

ZH: Kanton geizt nicht mit Studienbeiträgen

29,66 Millionen Franken hat der Kanton Zürich allein im Jahre 1973 für Studienbeiträge aufgewendet, zwar rund 2 Millionen weniger als im Vorjahr, aber doch eine hübsche Summe. Dabei entfielen 13,5 Millionen Franken auf Stipendien an 3837 Mittelschüler und 15,9 Millionen Franken an die 4584 Absolventen von Hochschulen. Bemerkenswert dürfte dabei sein, dass auf der Mittelschulstufe 1787 Schüler nichtkantonalzürcherischer Lehranstalten und auf der Hochschulstufe 1446 Schüler der ETH oder auswärtiger Hochschulen Nutzniesser von zürcherischen Stipendien waren. An 167 Mittelschüler und Hochschulstudenten wurden überdies Darlehen im Gesamtbetrag von 914 950 Franken gewährt.

ZH: Staat Zürich soll Töchterschulen übernehmen

Der Zürcher Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat in zwei separaten Gesetzesvorlagen die Übernahme der Töchterschule der Stadt Zürich und der Mädchenschule der Stadt Winterthur durch den Staat.

ZH: Extreme Linke gewinnen an der Uni Zürich

Die marxistische Linke wird den Grossen Studentenrat der Universität Zürich im kommenden Wintersemester voraussichtlich knapp dominieren. Dies hat sie einem klaren Erfolg an der Philosophischen Fakultät I zu verdanken, wo sie bei einer Wahlbeteiligung von nur 18 Prozent 24 der 25 Sitze (bisher 21) erobert hat.

In den übrigen Fakultäten haben sich kaum Verschiebungen ergeben. Gewählt wurden 9 Linksliberale und Linke in der Philosophischen Fakultät II, je 7 Gemässigte und Linksliberale sowie 2 Marxisten in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät sowie 6 Gemässigte in der klinischen Abteilung der Medizinischen Fakultät. Mangels Kandidaten haben die Vorkliniker ihre 6 Kandidaten noch nicht bestimmen können. Das jetzige linksliberale Team im Kleinen Studentenrat dürfte dabei den Marxisten weichen.

ZH: ETH-Professor Karl Schmid gestorben

Der Dozent für deutsche Sprache und Literatur

an der ETH Zürich, Prof. Karl Schmid, ist am 4. August, nach kurzer Krankheit, im Alter von 68 Jahren im Kantonsspital Zürich gestorben. Prof. Schmid versah seine Professur seit 1944 an der ETH, und von 1953 bis 1957 amtierte er hier als Rektor. Von 1969 bis 1972 präsidierte er überdies den Schweizerischen Wissenschaftsrat. Professor Schmid wollte sich auf den 1. April 1975 von seiner Professur an der ETH zurückziehen.

ZH: Die Historikerschaft der Uni Zürich zur Berufung PD Schaufelbergers

Die Historikerschaft der Universität Zürich ist empört über den Beschluss des Regierungsrates des Kantons Zürich, für Privatdozent Dr. Walter Schaufelberger ein kleines Extraordinariat für Kriegsgeschichte zu schaffen. In einer Stellungnahme erklärt die Historikerschaft, dass «damit das peinliche Gerangel und die Beförderung W. Schaufelbergers vom PD zum ausserordentlichen Professor nach sechs Jahren sein unrühmliches Ende findet.» Einmal mehr habe sich Erziehungsdirektor Dr. A. Gilgen in Berufungsfragen über die Interessen von Studenten, Assistenten und einigen Dozenten hinweggesetzt «und dem Druck ausseruniversitärer Kreise nachgegeben».

LU: Verzicht auf Sonderschulbauten im Kanton Luzern

Das von der Stiftung «Gehörgeschädigtenheim Luzern» geplante Sonderschulheim in Ebikon für hörgeschädigte und sprachgebrechliche Kinder wird nicht gebaut. Ebenso wird ein von der Zentralschweizerischen Stiftung für das cerebrallähmte Kind geplantes Sonderschulheim in Luzern ohne die vorgesehene Abteilung für Jugendliche verwirklicht. Diese Beschlüsse fasste der Luzerner Regierungsrat, nachdem er von einem ausführlichen Bericht über die Sonderschulheime im Kanton Luzern Kenntnis genommen hatte.

Ursprünglich war die Erstellung von vier neuen Sonderschulheimen im Kanton Luzern vorgesehen gewesen. Die Aufwendungen hätten sich in der Grössenordnung von 110 Mio. Fr. bewegt, und die Verwirklichung wäre noch für das laufende Jahrzehnt geplant gewesen. Die Höhe der innert weniger Jahre vorgesehenen Anlagen im Bereich der Sonderschulen veranlasste den Regierungsrat, eine Überprüfung des Bedürfnisses und des Kostenaufwandes in die Wege zu leiten.

Gleichzeitig mit dem Verzicht auf das Heim in Ebikon beschloss die Regierung jedoch, die hörgeschädigten Kinder weiterhin im Sonderschulheim Hohenrain zu bilden und dieses sowohl für schulbildungsfähige Geistesschwache als auch hörgeschädigte Kinder auszubauen. Ausserdem wurde das Erziehungsdepartement beauftragt, einen Standort für ein Heim zur Behandlung sprachgeschädigter Kinder vorzuschlagen.

SZ: 1100 Ausländerkinder an Schwyzer Schulen

Im Jahre 1973 besuchten 16 213 Kinder die Volksschulen im Kanton Schwyz. 6,6 Prozent waren Ausländerkinder. Dieser prozentuale Anteil liegt um einiges unter dem Durchschnitt von 9,56 Prozent, der für die gesamte Deutschschweiz errechnet worden ist. Von den insgesamt 1083 Kindern ausländischer Nationalität wurden deren 681 in der Schweiz geboren. Wie der Zusammenstellung des Eidgenössischen Statistischen Amtes ferner entnommen werden kann, stammten noch 77 der zugewanderten Kinder aus Deutschland. Daraus lässt sich schliessen, dass der Grossteil der schulpflichtigen Ausländerkinder mit ihrer neuen Heimat (nicht zuletzt auch sprachlich) vertraut ist.

SZ: Schwyzer wird Leiter der Zentralschweizerischen Beratungsstelle für Schulfragen

In seiner Julisitzung behandelte der Schwyzer Erziehungsrat eine Reihe wichtiger Geschäfte. So nahm er u. a. mit Genugtuung davon Kenntnis, dass durch die Beschlüsse der Innerschweizerischen Kantone die Schaffung einer Zentralschweizerischen Beratungsstelle für Schulfragen mit Sitz in Luzern möglich geworden ist. Zum Leiter derselben wurde Dr. Iwan Rickenbacher, der sich um die Schulplanung im Kanton Schwyz Verdienste erworben hat, gewählt. Er wird die Stelle voraussichtlich am 1. Oktober unter Beibehaltung einiger weniger Stunden am Pädagogischen Institut Fribourg antreten. Der Kanton Schwyz wird nun in die Lage versetzt, den bisherigen laufenden Auftrag über die Reform der Oberstufe vom Pädagogischen Institut Fribourg an die neue Beratungsstelle zu übertragen. Der durch die innerschweizerischen Kantone geschaffene Beratungsdienst stellt neben andern gemeinsamen Bestrebungen den erneuten Beweis dar, dass die Region Innerschweiz auf schulischem Gebiete im Sinne einer vorbildlichen Koordination eng zusammenarbeiten will.

SZ: Stipendien sind keine Almosen

Im Kanton Schwyz werden im laufenden Jahr an rund 1420 Stipendienbezüger durchschnittlich 508 Franken ausbezahlt. Die Gesamtsumme der ausbezahlten Beiträge beträgt 724 700 Franken und liegt rund 30 Prozent über der im vergangenen Jahr ausbezahlten Summe. Die durchschnittlichen Stipendienleistungen des Kantons Schwyz liegen verhältnismässig niedrig, in den nächsten Jahren sollen auch hier Verbesserungen realisiert werden.

ZG: Neuer Lehrplan für die Zuger Primarschulen

Mit Beginn des neuen Schuljahres (Herbst 1974) tritt im Kanton Zug für zwei Jahre probeweise ein neuer Lehrplan für die Primarschule in Kraft,

wie der neue Zuger Erziehungsdirektor Dr. Anton Scherer an einer Pressekonferenz darlegte. Beim neuen Lehrplan handelt es sich um die dritte Auflage seit 1898. Das Zuger Primarschulwesen soll damit in eine neue Phase treten, indem namentlich die musischen Fächer (Musik, Zeichnen, Schulspiel), aber auch Lebenskunde und Verkehrsunterricht vermehrt gefördert werden. An der Pressekonferenz wurde auch eine Broschüre über die «Zuger Schulen» vorgestellt. Darin werden auf 84 Seiten in Wort und Bild die verschiedenen Schulstufen, Schuldienste und besonderen Hilfsstellen für Behinderte vorgestellt und allgemeine Schulprobleme wie Hausaufgaben, Ausländerkinder, Suchtprobleme und Stipendienwesen behandelt. Diese Broschüre soll namentlich den Eltern der jeweils rund tausend Erstklässler im Kanton Zug eine Hilfe sein.

FR: Prälat Dr. Pius Emmenegger gestorben

In Freiburg verstarb im Alter von 87 Jahren Prälat Dr. Pius Emmenegger, langjähriger Professor am Kollegium St. Michael in Freiburg, hierauf noch länger Regens am Priesterseminar des Bistums Lausanne, Genf und Freiburg sowie zuerst Privatdozent für Pädagogik und hierauf Professor für Katechese und Pastoraltheologie an der Universität Freiburg und ausserdem Professor am kantonalen Lehrerseminar und Direktor des kantonalen Mädchengymnasiums, der «Académie Ste-Croix».

SO: Vollzug der Mittelschulvorlage I im Kanton Solothurn

Am 2. Juli 1967 hat das Solothurnervolk im Rahmen der Mittelschulvorlage I einen Kredit von 33 Millionen Franken für die Kantonsschule Olten und einen weiteren von 16,8 Millionen Franken für den Neubau des Lehrerseminars in Solothurn bewilligt; die Vorlage enthielt ferner einen Beitrag von 1 Million Franken an das bernisch-solothurnische Progymnasium Laufenthal-Thierstein. Vor Jahresfrist konnte mit der offiziellen Inbetriebnahme des Lehrerseminars im ehemaligen Klostersgarten – die ersten angehenden Lehrerinnen und Lehrer waren bereits mit dem Beginn des Schuljahres 1972/73 eingezogen – der erste, kleinere Teil des umfassenden Ausbaus der solothurnischen Mittelschulen abgeschlossen werden, und mit der am 15. Juni erfolgten Einweihung der Kantonsschule Olten – ebenfalls seit einem Jahr in Betrieb – ist nun die Mittelschulvorlage I vollzogen. Mit der Errichtung einer vollwertigen Kantonsschule in Olten geht ein Wunsch in Erfüllung, den Bevölkerung und Behörden des unteren Kantonsteils immer wieder vorgebracht hatten und an dessen Verwirklichung sie grossen Anteil haben.

BS: Lehrauftrag für alt Bundesrat Prof. Dr. Hans Peter Tschudi

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat alt Bundesrat Prof. Dr. Hans Peter Tschudi auf die Dauer von sechs Jahren einen zweistündigen Lehrauftrag für «Öffentliches Recht und Arbeitsrecht» erteilt.

Alt Bundesrat Tschudi hat schon vor seiner Wahl in den baselstädtischen Regierungsrat im Jahr 1953 als ausserordentlicher Professor an der Juristischen Fakultät der Basler Universität Vorlesungen über Arbeitsrecht gehalten; er stand damals dem Kantonalen Arbeitsamt vor.

BL: Sexualerziehung in den Schulen

Rund 87 Prozent der Eltern des Kantons Basel-Land haben sich an einer vom Erziehungsrat durchgeführten Umfrage mit der Einführung einer Geschlechtererziehung in Kindergärten und Schulen einverstanden erklärt. Die Beteiligung an der Umfrage betrug rund 75 Prozent. Davon haben 14 074 oder 87,5 Prozent ihr grundsätzliches Einverständnis gegeben und 12,5 Prozent die Sexualerziehung in Kindergarten und Schule abgelehnt. Die Erziehungsdirektion Basel-Land teilt dazu ergänzend mit, dass Geschlechtererziehung in Kindergarten und Schule nur in engster Zusammenarbeit mit Eltern als Erziehungsmittel und Erziehungshilfe gedacht sei. Zur Art dieser Sexualerziehung werden die Eltern in einer Vernehmlassung Stellung beziehen können. Das Ergebnis der Umfrage wertet der Erziehungsrat als Auftrag, die Einführung der Geschlechtererziehung in den Schulen voranzutreiben.

SH: Seminarreform

Die Lehrerausbildung im Kanton Schaffhausen soll nach dem Willen einer Spezialkommission des Kantonsrates künftig sieben Jahre dauern, fünf Jahre im Unterseminar und zwei Jahre im Oberseminar. Bisher traten zukünftige Lehrkräfte nach der zweiten Klasse der Kantonsschule in das dreieinhalbjährige Unterseminar über, um dann nach weiteren eineinhalb Jahren im Oberseminar ihre Ausbildung abzuschliessen. Nach der geplanten Reform soll nun der Übertritt in die Seminarabteilung direkt von der Realschulstufe aus erfolgen.

Die Reform wird mit der unbefriedigenden Tatsache begründet, dass sich das Seminar seit langem als blosses Anhängsel der Maturitätsschule fühlt. Die eineinhalb Jahre dauernde Oberseminarausbildung lasse zudem eine vernünftige Berücksichtigung der wissenschaftlichen und der sprachlichen Fächer vermissen.

Die Kommission rechnet mit jährlichen Mehrkosten von 160 000 Fr., die sich aus dem intensiveren Instrumentalunterricht, der vermehrten Berücksichtigung von Sprache und Wissenschaft im

Oberseminar und einer breiteren Auswahl von fakultativen Fächern in beiden Stufen zusammensetzen.

SG: Keine Einheitsschulgemeinde Rapperswil/Jona

Die Stimmbürger von Rapperswil und Jona haben sich in einer Konsultativabstimmung für die Einführung paritätischer Primarschulen und für die Aufhebung der bestehenden konfessionellen Schulen ausgesprochen. Dagegen stiess der Vorschlag, eine Einheitsschule für das ganze Gebiet der politischen Gemeinde Rapperswil und Jona einzurichten, mehrheitlich auf Ablehnung.

TG: Änderung der Ausbildungszeit an Thurgauer Kantonsschulen

Der Thurgauer Regierungsrat beantragt die Abänderung des Grossratsbeschlusses über die Ausbildung an den beiden thurgauischen Kantonsschulen in Romanshorn und in Kreuzlingen. Die Gymnasien und Oberrealschulen der beiden Lehranstalten sollen künftig an die 2. Sekundarklasse anschliessen und viereinhalb Jahre dauern. (Bisher Anschluss an 3. Sekundarklasse und dreieinhalb Jahre.)

Anlass zu dieser Änderung gibt die Praxis der schweizerischen Universitäten (vorab Zürich), die eine Mittelschulzeit von lediglich dreieinhalb Jahren als ungenügend bezeichnen. Auch die eidgenössische Maturitätskommission besteht auf einer Verlängerung der Schulzeit. So anerkennt beispielsweise die Universität Zürich die Maturitätsausweise der beiden Schulen nur auf Zusehen hin als «befristetes Entgegenkommen» bis und mit dem Maturajahrgang 1978.

AG: Eine aargauische Schule für Musiklehrer?

Im Hinblick auf die stark zunehmende Bedeutung der musischen Fächer und der Musik vor allem in der Volksschule ergibt sich für den Kanton Aargau ein vermehrtes Bedürfnis an gründlich und zeitgemäss ausgebildeten Musiklehrern. Diese konnten bisher mit Ausnahme der Kirchenmusiker nur in anderen Kantonen ausgebildet werden. Der Regierungsrat unterbreitet deshalb dem Grossen Rat das Projekt zur Schaffung einer höheren Musikschule in Lenzburg. Sie soll vorab eine Lehrstätte sein, die durch ihr Qualitätsniveau auch ausserhalb des Aargaus voll anerkannt wird. Das Grundkonzept umfasst die Ausbildung von Schulmusiklehrern für Bezirks- und Mittelschulen in einer vierjährigen und die Zusatzausbildung von Primarlehrern des dritten bis neunten Schuljahres in einer zweijährigen Ausbildungszeit, ferner die Ausbildung und Weiterbildung von Grundschul-Musiklehrern für Schüler des ersten und zweiten Schuljahres sowie die Ausbildung

von Blockflötenlehrern, von Rhythmiklehrern und von Lehrern der Instrumentalfächer.

AG: Der Aargau und der Numerus clausus

Der drohende Numerus clausus sei auf gesamtschweizerischer Ebene das zentralste hochschulpolitische Problem, antwortete der aargauische Regierungsrat auf eine Kleine Anfrage, welche sich auf die mögliche Einführung einer entsprechenden Gesetzesänderung in Basel-Stadt bezog. Vom Aargau aus werden mit grösstem Nachdruck die Bestrebungen der schweizerischen Hochschulkonferenz begrüsst und unterstützt, diesem Problem durch eine gesamtschweizerische Regelung gerecht zu werden und «isolierte Aktionen einzelner Universitätskantone zu verhindern».

Der aargauische Regierungsrat anerkennt die Pflicht der Hochschulkantone, an Lehre und Forschung auf Hochschulstufe ihren angemessenen Beitrag zu leisten; in diesem Sinn wird im Aargau eine Hochschulinstitution für Bildungswissenschaften vorbereitet. Dazu schreibt der Regierungsrat: «Diese eigene Leistung des Aargaus bietet die grösstmögliche Gewähr dafür, dass Aargauer Studenten auch weiterhin an den schweizerischen Hochschulen keinen Sonderbestimmungen unterstellt werden».

AG: Neuer Volksschul-Chef

Der aargauische Regierungsrat hat Werner Ruf, Sekundarlehrer in Strengelbach, zum neuen Chef der Abteilung Volksschule des Erziehungsdepartements des Kantons Aargau gewählt. Er war von 1961 bis 1973 Mitglied des aargauischen Grossen Rates und wirkt seit 1971 im Regierungsrat mit. Werner Ruf wird am 15. Oktober Nachfolger von Fritz Meier, der wegen Erkrankung pensioniert worden ist.

AG: Aargau will Mittelschul-Freizügigkeit einschränken

Der Aargauer Regierungsrat ersucht den Grossen Rat um die Ermächtigung, inskünftig für die Mittelschulen verbindliche Schulkreiseinteilungen vornehmen zu können. Mit einer veröffentlichten Botschaft stellt er den Antrag, eine entsprechende Änderung der Dekrete über die Organisation der Kantonsschulen und Lehrerseminare vorzunehmen. Der Aargau könne sich «nicht weiterhin den Luxus leisten», einer überbelegten Mittelschule in grosszügiger Weise den erforderlichen Mehrraum und die notwendigen zusätzlichen Lehrstellen zu bewilligen und zur Verfügung zu stellen ohne Rücksicht darauf, ob allenfalls noch andere Schulen gleicher Art über Reserven verfügten, schreibt der Regierungsrat. Bei der heute gültigen vorbehaltlosen Freizügigkeit in der Wahl

der Mittelschule bestehe keine Gewähr mehr dafür, dass die im ganzen Kanton angebotenen Mittelschulen möglichst gleichmässig und optimal ausgelastet würden.

TI: Lehrerüberfluss im Tessin

Im Tessin zeichnet sich eine Sättigung des Arbeitsmarktes für Lehrer und Kindergärtnerinnen ab. Das kantonale Erziehungsdepartement hat bereits erklärt, die Zahl der Seminaristen sei so stark gestiegen, dass nicht mehr allen eine Lehrerstelle garantiert werden könne. In diesem Jahr wurden 250 Lehrer – davon 209 Primarlehrer – diplomiert. Auch im Kindergartenseminar sind die Anmeldungen nach Mitteilung des Erziehungsdepartements so zahlreich, dass eine Verschlechterung der Berufsaussichten zu befürchten ist.

VS: Wallis wird ins Technikumskonkordat aufgenommen

Als sechster Kanton neben Uri, Schwyz, den beiden Unterwalden und Zug wird der Kanton Wallis in den Kreis der Konkordatskantone für das Zentralschweizerische Technikum Luzern aufgenommen. Bisher bestand zwischen den Kantonen Luzern und Wallis ein separates Konkordat. Jetzt, da die Vereinbarungen mit den Zentralschweizer Kantonen neu geregelt werden, wird auch das Wallis zu den gleichen Voraussetzungen und Bedingungen ins eigentliche Technikumskonkordat einbezogen.

GE: Bildungsurlaub für Genfer Lehrer

Seit 1970 verlassen rund 15 Lehrer jeweils Ende Juni des Jahres den Schuldienst, um ein Jahr lang Weiterbildung zu treiben. Nach Ablauf des Bildungsurlaubs brauchen sie nicht auf Stellensuche zu gehen: Ihre Position bleibt ihnen reserviert.

Ein Rechtsanspruch auf ein solches «Sabbat-Jahr» besteht im Kanton Genf nicht. Das Erziehungsdepartement will aber jedes Jahr einer kleinen Zahl von Lehrern die Möglichkeit geben, ihre Kenntnisse auf einem Gebiet zu vertiefen, von dem später auch die Schüler profitieren können. Meist werden solche Lehrer ausgewählt, die bereits zehn bis fünfzehn Jahre Schuldienst hinter sich haben. Sie müssen einen Antrag stellen und ihre Pläne für den Bildungsurlaub dem Erziehungsdepartement vorlegen. Am Ende des «Sabbat-Jahres» wird von ihnen ein Tätigkeitsbericht erwartet. Die Bildungsurlaube kosten das Erziehungsdepartement rund 50 000 Franken pro Jahr.